

Haushaltsverhandlungen 2020

Themenschwerpunkte in den Bereichen Arbeit, Ausbildung und Wirtschaft

Arbeit: Tarifbindung stärken, Digitalisierung und Strukturwandel gemeinsam gestalten, Diskriminierung bekämpfen, Teilhabe für Arbeitslose sicherstellen

- Nur noch 18 Prozent der bremischen Betriebe wenden einen Tarifvertrag an. In der Konsequenz profitiert nur noch jeder zweite Beschäftigte von einem Tarifvertrag. Dies hat negative Konsequenzen für die Beschäftigten in nicht-tarifgebundenen Betrieben: sie verdienen deutlich weniger, erhalten seltener Jahressonderzahlungen, müssen länger arbeiten und haben einen schlechteren Zugang zu betrieblicher Weiterbildung. Zudem ist der Rückgang der Tarifbindung der wichtigste Grund für die seit Mitte der 1990er Jahre stark gestiegene Lohnungleichheit – Tariffucht spaltet die Gesellschaft. Daher muss das Tariftreue- und Vergabegesetz überarbeitet werden: öffentliche Aufträge darf es nur noch für Unternehmen geben, die Tarifverträge anwenden. Dies bedeutet zwar Mehrkosten bei der öffentlichen Auftragsvergabe, stärkt aber die Beschäftigten, erhöht den gesellschaftlichen Zusammenhalt, bringt Kaufkraft und höhere Steuereinnahmen.
- Die Digitalisierung, aber auch gewandelte gesellschaftliche Anforderungen z.B. aus Klimaschutzgründen, werden weite Teile der bremischen Wirtschaft stark verändern. Dieser Wandel muss gestaltet und Beschäftigung gesichert werden. Daher muss der Senat die Sozialpartnerschaft für eine Innovationspartnerschaft nutzen. Förderprogramme des Landes müssen sich gleichberechtigt an Betriebsleitungen und Betriebsräte richten und sie bei der Gestaltung des Strukturwandels unterstützen – für digitale Innovationen, gute Arbeit und Weiterbildung.
- Die Nachfrage nach der 2019 eingeführten Bremischen Aufstiegsfortbildungs-Prämie übersteigt mit 660 Förderfällen – davon knapp die Hälfte Frauen - deutlich die Erwartungen. Die Bremische Aufstiegsfortbildungs-Prämie unterstützt Beschäftigte, sich beruflich weiterzuentwickeln und leistet damit einen Beitrag zur individuellen Höherqualifizierung und zur Sicherung des Fachkräftebedarfs im Land Bremen. Die Weiterführung der Bremischen Aufstiegsfortbildungs-Prämie muss im Rahmen des Doppelhaushalts 2020/2021 abgesichert werden.
- Auch im Land Bremen sind Menschen diskriminierendem Verhalten und Praktiken ausgesetzt – insbesondere in der Arbeitswelt. Daher muss die geplante Antidiskriminierungsstelle auch die Entwicklung in der Arbeitswelt berücksichtigen, mit Antidiskriminierungsprojekten wie ADA (Antidiskriminierung in der Arbeitswelt) und Beratungsprojekten für besonders vulnerable Gruppen wie der Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung (MoBA) eng kooperieren und das jeweilige Beratungsangebot bedarfsgerecht ausgebaut ausbauen. Das Beratungsangebot vor Ort im Gewerkschaftshaus ist notwendig und wichtig und muss mit der Finanzierung zweier Vollzeitstellen verstetigt werden.

- Der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und für die Teilhabe arbeitsloser Menschen ist wichtig. Damit die im Koalitionsvertrag avisierte Zielzahl von 1.500 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen erreicht werden kann, bedarf es einer Kofinanzierung des Landes. Die Unterstützung durch das Land muss so gestaltet sein, dass die individuellen Fähigkeiten und Neigungen der Beschäftigten berücksichtigt werden können und begleitende Unterstützung und Weiterbildung mit dem Ziel angeboten wird, Qualifikationsaufbau möglichst bis zum Berufsabschluss zu fördern.

Ausbildung: Berufsschulen stärken, Auszubildende und Betriebe während der Ausbildung unterstützen

- Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 muss eine bessere finanzielle Ausstattung der Berufsschulen im Land Bremen auf den Weg gebracht werden. Aktuell gibt das Land Bremen pro Jahr mehr als 1.000 Euro weniger pro Berufsschülerin und Berufsschüler im dualen System aus als die beiden anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg. Diese Finanzierungslücke muss geschlossen werden, um die duale Ausbildung zu stärken. Nur bei besserer finanzieller Ausstattung kann den heterogenen Bedarfen der Berufsschülerinnen und Berufsschüler entsprochen werden und es können wichtige Investitionen in die technische Ausstattung der Berufsschulen getätigt werden.
- Wenn Jugendliche und Betriebe zusammengefunden haben und ein Ausbildungsvertrag geschlossen ist, sollen sie die Ausbildung auch erfolgreich zum Abschluss bringen. Dies gelingt bislang zu häufig nicht. Entwickelt werden muss daher neben Betrieb und Berufsschule eine „Dritte Säule“, in der Unterstützungsangebote für Auszubildende und Betriebe gebündelt und niedrigschwellig vorgehalten werden. Die Angebote dieses Unterstützungsnetzwerks sollen unabhängig, neutral und leicht erreichbar sein. Für die Entwicklung und den Aufbau eines solchen Unterstützungssystems muss der Doppelhaushalt 2020/2021 die Weichen stellen.

Wirtschaft: Wissensintensive Dienstleistungen und Gesundheitswirtschaft gezielt fördern, Gewerbeflächenpolitik qualitativ weiterentwickeln

- Der im Koalitionsvertrag verankerte „Masterplan Innovation und Dienstleistungen“ ist zu begrüßen, da in diesen Bereichen häufig gut entlohnte und innovative Arbeitsplätze entstehen. Die Potenziale für Innovationen und gute Arbeit müssen gehoben werden. Daher darf der Masterplan kein Papiertiger werden, sondern muss mit konkreten Instrumenten und einer Förderkulisse hinterlegt werden.
- Die Gesundheitswirtschaft wird trotz hoher wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Bedeutung in Bremen nicht explizit gefördert. Die Gesundheitswirtschaft muss in den Fokus der Wirtschaftspolitik rücken. Sie ist eine Branche mit Zukunfts- und Wachstumspotenzial und mit großer Bedeutung für den regionalen Arbeitsmarkt. Bremen braucht eine Anlaufstelle, die es sich zur Aufgabe macht, Innovationen im Bereich der Gesundheitswirtschaft durch Wirtschaftsförderung voranzutreiben. Laut Koalitionsvertrag soll die Gesundheitswirtschaft ein neues Innovationscluster werden. Es sollen Strukturen geschaffen werden, die eine bessere Vernetzung der zahlreichen Akteure aus unterschiedlichen Bereichen der Gesundheitswirtschaft ermöglicht. Bremen soll Modellregion für eine digitale Gesundheitswirtschaft werden. Dies muss sich auch im Haushalt widerspiegeln.

- Die Gewerbeflächenpolitik muss sich in Zukunft an einer nachhaltigen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik orientieren. Hierfür ist eine aktive Liegenschaftspolitik angezeigt. Zudem sind die knappen Flächenressourcen so zu entwickeln, dass durch hohe Arbeitsplatzdichten mehr Beschäftigung entsteht. Dies gilt auch für Bestandsgebiete, die durch Nachverdichtung weiterentwickelt werden sollten. Für qualitativ gute und gut bezahlte Arbeit sollte die Flächenvermarktung als Konzeptvergabe erfolgen. Aspekte der guten Arbeit sollten hierbei genauso eine Rolle spielen wie die Ansiedlung zukunftssicherer Branchen.